EU-weit werden Millionen Tonnen Plastik in der Umwelt entsorgt, bis zu 500.000 Tonnen davon landen in den Ozeanen. Foto: iStock

Mehrheit der Österreicher für Plastikflaschen-Pfand

Vermeidung von Plastikmüll ist für die Österreicher wirkungsvollster Klimaschutz-Hebel. Forscher fordern einen Exportstopp für Plastikabfall.

Wien – 80 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher geben an, dass ihnen ein aktiver Klima- und Umweltschutz wichtig ist, zeigt eine Umfrage der Allianzversicherung. Für den Schutz des Klimas werden Maßnahmen wie das Vermeiden von Plastik von rund 83 Prozent der Befragten als besonders wirkungsvoll eingeschätzt. Bei einer Umfrage des britischen Markt- und Meinungsforschungsinstituts YouGov für die Changing Markets Foundation und die Umweltschutz-NGO Global 2000 sprachen sich 83 Prozent der befragten Österreicher für ein Einweg-Pfandsystem aus.

„Alle Zeichen stehen auf Pfandsystem – es hat die breite Zustimmung der Bevölkerung, es ist laut einer Studie der Bundesregierung der wirkungsvollste und kostengünstigste Weg, um EU-Vorgaben zu erreichen, und es würde dabei helfen, den Müll in der Natur zu reduzieren. Die österreichische Bundesregierung sollte sich für die Einführung eines Pfandsystems aussprechen und anderen europäischen Best-Practice-Beispielen folgen“, forderte Lena Steger von Global 2000.

In einem Bericht der Dachorganisation der nationalen Wissenschafts-Akademien (AESAC) in der EU erklären auch Forscher, dass freiwillige Maßnahmen und Marktmechanismen nicht ausreichen würden, um das Problem des zunehmenden Plastikmülls anzugehen. Seit den 1960er-Jahren ist die weltweite Produktion von Kunststoffen um das 20-Fache gestiegen und erreichte 2018 rund 360 Millionen Tonnen pro Jahr, 62 Millionen Tonnen davon in Europa. Ein erklecklicher Anteil davon lande „in den Meeren, auf dem Land und sogar in der Luft“. Die Wissenschafter haben sieben Empfehlungen für die politischen Entscheidungsträger der EU erarbeitet, wie das System transformiert werden könnte. Dazu zählt etwa ein Verbot des Exports von Kunststoffabfällen aus der EU. Die Wissenschafter empfehlen weiters, unter anderem Kunststoffabfälle nicht auf Deponien zu entsorgen, die Einmalverwendung von Kunststoffbehältern zu minimieren und bessere Recyclingsysteme zu entwickeln.

Die Allianz-Versicherung verweist im Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen auf die nachhaltige Veranlagung von Vermögen. Allianz Österreich veranlage jährlich rund 6 Mrd. Euro der Kundengelder in Kooperation mit der Umweltorganisation WWF nachhaltig. „Zur Erreichung der Klimaziele und der Energiewende braucht es Milliardeninvestitionen von öffentlicher, institutioneller und privater Seite“, sagt Allianz-Österreich-Chef Rémi Vrignaud. *(APA, TT)*

Sonnenstrom wird wieder gefördert

Heute startet die neue Fördervergabe für Stromspeicher und Photovoltaik-Anlagen. Vergeben werden 36 Mio. Euro.

Wien – Heute startet die neue Fördervergabe für Photovoltaik-Anlagen und Stromspeicher. Insgesamt werden 36 Mio. Euro vergeben. Die Förderungen werden damit um 21 Mio. Euro oder um 140 Prozent gesteigert. „Bis 2030 soll Österreich 100 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen, bis 2040 klimaneutral sein“, so Infrastrukturministerin Leonore Gewessler (Grüne).

36 Mio. Euro stehen für Förderung zur Verfügung. Foto: dpa

Photovoltaik spiele bei diesem Ziel eine große Rolle, wurde die Politikerin in einer Aussendung zitiert. Der Anteil müsse sich verzehnfachen. „Das eigene Dach für Photovoltaik zu nutzen, das ist eine Möglichkeit, mit der alle – Menschen, Betriebe, die öffentliche Hand – direkt etwas zum Klimaschutz beitragen können“, so Gewessler. „Jeder soll aktiv werden können.“

Gefördert werden bis zu 500 kWp (Kilowatt Peak) pro Anlage. Eine Photovoltaik-Anlage für ein klassisches Einfamilienhaus umfasst 4 bis 10 kWp. Das heißt, über die Förderung können rund 20.000 Anlagen finanziert werden. Anträge können heute ab 17 Uhr online gestellt werden. Für Photovoltaik-Anlagen stehen allein über diese Förderung 24 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist ein Plus von 15 Mio. Euro im Vergleich zu 2019. Für Stromspeicher werden zusätzlich 12 Mio. Euro ausgeschüttet (plus 6 Mio. Euro).

Die Fördersummen gibt es nicht nur heuer, sondern in gleicher Höhe auch in den Jahren 2021 und 2022. In Kürze wird auch die Klima- und Energiefondsförderung fortgesetzt. Das angekündigte Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) werde viele weitere Initiativen setzen, so die Ankündigung Gewesslers. Bei Photovoltaik müsse jedes Jahr laut „Österreich Energie“ bis 2030 so viel an Kapazitäten dazugebaut werden, wie heute insgesamt installiert sind. *(APA)*

EU präsentierte Industrie-Strategie

Brüssel – Mit einer neuen Industriestrategie will die EU-Kommission Europas Wettbewerbsfähigkeit und die Führerschaft der EU-Industrie beim Übergang der EU zu Klimaneutralität und der digitalen Wende sichern. Der Entwurf beinhaltet unter anderem den Binnenmarkt betreffende Maßnahmen, die Überarbeitung der Wettbewerbsregeln und eine EU-Arzneimittelstrategie. Mit einem Aktionsplan für die Versorgung mit „kritischen Rohstoffen“ will die EU-Kommission die Einrichtung von digitaler Infrastruktur und Grundlagentechnologie fördern, um die „industrielle und strategische Unabhängigkeit“ zu verbessern. *(APA)*

Sobotka rügt 35-Stunden-Woche

Wien – Der Protest für eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in der Sozialwirtschaft hätte gestern auf der Straße stattfinden sollen. In Wien, Linz und Graz waren Demonstrationen der Pfleger in privaten Einrichtungen geplant, diese wurden jedoch von der Gewerkschaft abgesagt. Eva Scherz, Verhandlerin für die Gewerkschaft GPA-djp, verwies auf das von der Regierung verkündete Verbot für Freiluft-Veranstaltungen mit mehr als 500 Besuchern.

Gleichzeitig betonte die Gewerkschafterin, der Kampf um die 35-Stunden-Woche gehe „natürlich weiter“. Auch die Streiks am 24. und 25. März sollen aus derzeitiger Sicht wie geplant stattfinden. „Die Streiks finden ja grundsätzlich an der Arbeitsstelle statt“, und nicht im öffentlichen Raum, betonte Scherz. Mit den Arbeitgebern soll dann wie vorgesehen am 26. März weiterverhandelt werden.

Kein Verständnis für die Forderungen nach einer 35-Stunden-Woche im Pflegebereich hat Wolfgang Sobotka, Nationalratspräsident und Obmann des niederösterreichischen AAB. In Zeiten, in denen man mit Kurzarbeit und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen habe, seien diese Pläne „mehr als kontraproduktiv“, sagte der ÖVP-Politiker. Und da im sozialmedizinischen Dienst „bis zu 90 Prozent nicht in Vollzeit arbeiten“, sieht Sobotka eine „Scheindiskussion“. Für Barbara Teiber, Bundesvorsitzende der Gewerkschaft GPA-djp, sind die Zwischenrufe „mehr als entbehrlich“, auch zeige sich Sobotka „völlig uninformiert“. *(APA, TT)*

Die Demo für die 35-Stunde-Woche wurde abgesagt. Foto: APA/Fohringer

Kurzmeldungen

Spitzenplatz für Bahnindustrie

Wien – Österreichs Bahnindustrie ist weltweit die siebtgrößte und konkurrenzfähig, zeigt eine vom Verband der Bahnindustrie (VBI) beim Economica-Institut beauftragte Studie. 2018 erwirtschafteten die 10.000 Mitarbeiter demnach einen Umsatz von 3,1 Mrd. Euro, die Gesamtwertschöpfung belief sich auf 1,53 Mrd. Euro, der Weltmarktanteil auf 5,2 %. *(APA)*

Die Bahnindustrie ortet Konkurrenzdruck aus China. Foto: iStock

Konsumenten stützten Eurozone

Frankfurt – Investitionen und die Kauflaune der Konsumenten haben die Wirtschaft der Eurozone vor dem Jahreswechsel über Wasser gehalten. Im vierten Quartal 2019 reichte es dennoch nur zu einem mageren Plus beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 0,1 Prozent zum Vorquartal, teilte Eurostat mit. *(APA)*